

Sozial-Zeitung.

Einunddreißigster Jahrgang.

Bezugspreis

Die Halle wöchentlich 2,50 M., bei ...

Dr. Oswald Schulze in Halle.

(Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg ...)

Nr. 517.

Halle a. d. Saale, Donnerstag den 4. November.

1897.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Berlin, 3. Nov. Der Kaiser hörte heute morgen den Vortrag des Oberst des Militärärztlichen ...

Die „Mittelschichtspolitik“.

Sehr treffend sprach sich über diesen nebelhaften Begriff der bekannte Nationalökonom Professor ...

Die Wissenschaft soll klären, soll als Leitlinie vorangehen und als beratende Begleitkraft neben der Politik stehen.

Wendet sich dem Redner bei seiner historischen Unterweisung dieser Bedeutung die Ueberzeugung gekommen, daß man zu verschiedenen Zeiten unter Mittelschicht ...

Seit Mitte dieses Jahrhunderts machte sich eine neue Auffassung geltend. Eine Reihe von Elementen, die zum Mittelschicht ...

Die neue Mittelschicht hat nun die entgegen- gesetztesten Interessen, die je gedacht werden können.

Major Leutwein in Berlin.

Major Leutwein, der nach mehrjähriger, ununterbrochener Tätigkeit in ...

Das Schlußgebiet erweist sich fast allgemein als „begann Major Leutwein.“

Wichtige Mitteilungen die Ministerien ...

Ueber die Entwicklung der Formen der Weisen kann ich Ihnen in diesem Augenblicke keine Auskunft geben.

recht, einige unserer alten Schutztruppen sind sogar ...

Was den Bahnbau selbst anlangt, so ist zunächst die Strecke bis ...

Das Eisenbahnprojekt für Swakopmund ist für die Zukunft von ...

Die Bewässerungsanlagen machen nur langsame Fortschritte.

Parlamentarische.

* Der Reichstag wird, wie nun wieder die „D. Tageszeitung“ ...

* Zur Militärstrafprozessreform ...

Parlamentarische.

* Die Wahlen der Nationalen Liberalen in Baden ...

Werden auf die populäre Stimmung ...

Diese an den Parteien herbeigezogene Kontroverse ist nichts anderes, als der wiederholte Versuch ...

Wagen

Wem die Spaltzeit über deren Raum mit 20 Pf., ...

Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.

stehenden Zeitungen chemisch auf ihre „Gesinnungstreu“ unter- suchten.

* Herr Gabel hat in der Hülfslichen Schriften-Angelegenheit doch selbst gesprochen ...

Wie man sieht, wird durch diese Verichtigung das Wesent- liche der Sache gar nicht berührt.

A Nach einer von dem Deutschen Brauereigenossenschafts- Verein zu Halle a. S. ...

Die Verichtigung kann sich nur auf formale Ausdrücke meines Berichtes beziehen, sachlich werde ich nichts zu ändern.

* Der für das D. Obergebiet eingeleitete Interkommunales Ausschusses zur Unterbindung der Hochwasserüberbrückung ...

* Nachdem die von den Militärbehörden zu Nothstandsarbeiten im Lieberschwermetallgebiet ...

* Der Redakteur der „Freiwilligen Zeitung“ und der Herausgeber ...

Es ist inwärtlich verbreitet worden, daß Herr N. von Drechsle-Sonnenberg als Vertreter der Centralstelle zur Vorbereitung von „abstehenden“ in den „Bürgerlichen Anstalten“ (Volksrecht) berufen worden sei. Herr von Drechsle ist inwärtlich, wie aus dem Berichtschreiben des Herrn Reichs-kanzlers hervorgeht, ausdrücklich als Vertreter des Bundes der „Jung-Pragler“ in den Anstalten delegiert worden.

Bauschlichtschaffendes.

Entsprechend der allgemeinen Verbilligung des Geldes ist der Zinsfuß in den Schulz-Debitschulden Kredit-berreichen stetig herabgegangen.

Die betr. Zahlen, aus den Jahresberichten des Allgemeinen Reichsanzeigers seit 1879 in Perioden zusammengefaßt, ergeben, daß der prozentuale Bruttoertrag bei der Verzinsung der größeren Kreditverleihe von 6,25 Proz. 1879-80 auf 4,95 Proz. in 1896 herabgegangen ist, der Zinsfuß für fremde Gelder von 4,49 auf 3,30 Proz., die Spannung hat sich also aus etwa 1,74 auf 1,65 Proz., verringert. Direkte Aufstellungen über die Zinsfüße für ansehnliche Kapitalien sind für 1896 und für 1896 gemacht. Schulz-Debitschulden betrug 1875 den Zinsfuß von 6-7 Proz., als normal. Im Jahr 1893 bewegte sich der Zinsfuß bei 36 Proz. der bestehenden Kreditverleihe unter 5 Proz., bei 48 Proz. zwischen 5 und 6 Proz. Im Jahre 1896 aber waren die entsprechenden Bruttoerträge bereits 35 und 32 Proz. In den drei Jahren hat sich also eine Verringerung um fünf bis sechs Prozent-ermissionen auf 25 Proz. von den bestehenden Genossenschaftlichen vollzogen. Ueber die Hälfte der Genossenschaften nimmt unter 5 Proz., ein Drittel derselben zwischen 5 und 6 Proz., nur bei 13 Proz. derselben liegt der Zinsfuß noch über 6 Proz. bei 13 Proz. und davon müßten noch die Beträge abgezogen werden, welche den Mitgliedern als Dividenden zuzuführen.

Es ist gewiß ein sehr günstiges Resultat, auf das der Allgemeine Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften stolz sein kann, daß der Zinsfuß für den Personalkredit in den entwickelteren Gegenden Deutschlands und bei den größeren Kreditvereinen bereits unter 5 Proz., also 2 Proz. unter den in der Mitte der 70er Jahre üblichen, gesunken ist. Es ist aber auch ein Beweis dafür, daß da, wo überhaupt die Grundlagen und Voraussetzungen für die Kredit-Entwicklung und Genäßung vorhanden sind, die eigenen Mittel der Genossenschaften und ihr Kredit zur Befriedigung der Kreditbedürfnisse ihrer Mitglieder ausreichen. Das von dem Allgemeinen Verbande festgesetzte Prinzip der Selbsthilfe hat sich demnach bewährt.

Schule und Kirche.

Auf Anordnung des Handelsministers finden demnächst durch Kommissare des Ministeriums eingehende Revisionen des Unterrichts in den 3 Klassen an den verschiedenen Real- und inwärtlich daran Konferenzen mit den Leitern der Fortbildungsschulen der Bezirke. Die Revisionen werden stattfinden.

See- und Marine.

Der deutsche Militair-Attache in London, Oberst v. Schwan, ist in Paris für am Kommando des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2 ernannt worden.

S. M. S. „Vulvard“, Kommandant Korvetten-Kapitän Müller, ist am 25. Okt. in Apia angekommen.

Ausland.

Die Lage in Oesterreich.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus beginnt heute der Kampf der Opposition gegen die scheidende politische Verwaltung als neue. Nimmich dürfte es sich erübrigen, wer der Sieger in dem heißen Ringen der Wähler Oesterreichs bleibt. Die Deutschen sind frohen Muths. Was gegen sie ist trotz des siegesgewissen Kampfes, mit welchem das jugoslawische Organ „Narodny List“ den Muth der Deichen anzuheben bemüht ist, im Lager der Majorität nicht an Stimmen, welche über die Chancen des Kampfes um das jugoslawische-Provisorium ganz anders urtheilen. Diesen Stimmen giebt die Prager „Politik“ Ausdruck, wenn sie schreibt:

„Was der Donnerstag bringen wird, ist ungewiß. So viel ist jedoch sicher, daß das Zustandekommen des Ausgleichs-Provisoriums in dieser Situation ein Ding der abgelaufenen Tage ist. Auch wenn die erste Sitzung des Ausgleichs-Provisoriums nicht am Ende geht und die Vorlage dem Ausschusse anzuweisen wird, so kann man darin, wenn die Umstände der ersten Sitzung die Opposition aufgeben sollte, seitens der letzteren nur eine Forderung erblicken, denn für die zweite Sitzung wird bereits ein hundert Veränderungsvorschläge vorbereitet, die von den inwärtlichen Abgeordneten gestellt werden. Obgleich davon, daß das Provisorium zur zweiten Sitzung das Stadium immer die größte Mühe gelostet. Der Ausblick in die Zukunft ist sehr düster und das Wort „Itisch“ ist gar zu schwach, um mit denselben den Stand der Dinge zu bezeichnen.“

Ueber das aber, was die Majorität als Gegenwärtig gegen die Opposition vorbereitet, giebt ein anderes scheidendes Blatt „Das Naroda“, Auschnitt; dem Blatt wird aus Wien geschrieben:

„Infolge einer Auffassung, welche Müller von Saworski den scheidenden Abgeordneten gegeben hat, sind die bestehenden Vorurtheile, die in den Kreisen der Deichen Klage gestiftet haben, beseitigt worden, und es herrscht allgemeine Einmüthigkeit und die Entschlossenheit, die Opposition zu brechen. Die Regierung sowie die Rechte sind überzeugt, daß das Ausgleichs-Provisorium zustande kommen werde. Minister-Präsident Graf Badiatti hat den Vice-Präsidenten Abgeordnetem v. Komarow seinen Dank für die mit ihm verbundenen Verdienste um die Debatte in den letzten Tagen ausgesprochen. Man erwartet in der Abend Sitzung von Donnerstag die Beendigung der ersten Sitzung des Ausgleichs-Provisoriums; dazu ist es aber unumgänglich notwendig, daß sämtliche scheidenden Abgeordneten der Sitzung beiwohnen. Wegen die Oppositionisten wird eine Veränderung der Hausordnung vorbereitet, und man will nicht, daß die Abgeordneten welche durch das Schließen mit den Wählern hervorgerufen werden, unwillig machen. Auch andere Vorkehrungen bedürfen einer näheren Führung der Debatte nicht getroffen werden. Man spricht allen Entschlossen, für den Fall, daß die Abgeordneten die Sitzung nicht beiwohnen, die Beschlüsse des Minister-Rathes zu rufen. U. M. als Kandidat für das Provisorium tritt neuerlich der Abg. Genscho in den Vordergrund.“

Die Sitzung kann ja gut werden!

Oesterreich-Ungarn.

Kaiser Franz Josef empfing gestern vormittag den Ministerpräsidenten Grafen Badiatti in außerordentlichem Anzuge. Danach fand ein mehrstündiger Ministerrath statt.

Der Abg. Oza Polnyj interpellierte im ungarischen Abgeordnetenssaale den Ministerpräsidenten, ob in Oester-

reich ein dem ungarischen Unterparlament gleiches Abthun gleich in Kraft treten solle, und ob die ungarische Regierung in Oesterreich im Herabsetzungsege getroffene Verfügungen verfassungsmäßig hätte. Der Abg. Oza erwiderte interpellirte Dr. Jelenky durch den König von Rumänien. Ministerpräsident Baron Banffy erklärt, er werde die letztere Interpellation, die keinesfalls vor das Haus gehöre, in nächster Sitzung beantworten.

Schweiz.

Die Schweiz hat mit Chile eine Handelsvereinbarung auf der Grundlage der Westbegrenzung abgeschlossen. Ueber das ist schon den inwärtlichen Anstalten für ihre Ansehensprodukte bessere Zollbegünstigung bewilligt worden, die von der Schweiz auf Grund der Westbegrenzung nicht beanprucht werden, so lange dritte Staaten von denselben ebenfalls abgeschlossen bleiben.

Frankreich.

Die Regierung machte Anstrengungen, die für heute angeführten Anfragen über die Drechsle'sche Angelegenheit zu verhehlen; sie werden vernünftlich unterbleiben.

Eine Aenderung von Pariser Bankiers legte sich zum Finanzminister Cochery, um gegen die von ihm vorgeschlagene Erhöhung der Steuer auf ausländische Werthpapiere Einspruch zu erheben. In Abgeordnetentrafen wird vielfach beabsichtigt, eine starke Verminderung der Abgeordneten Zahl vorzuschlagen, da mit der gegenwärtigen Menge von 581 Abgeordneten jede fruchtbarere Arbeit unmöglich sei. Sie möchten, daß je 25,000 Wähler einen Abgeordneten ernennen, wodurch sich der Stand der Kammer um etwa 200 Köpfe verringern würde.

Der Tempel meidet die inwärtlichen Mängel und erion angehängten Staaten haben eine Vereinbarung beschlossen, nach welcher die das Recht haben sollen, über die bisherige, vertragmäßig festgesetzte Grenze hinaus neue Selbstverpflichtungen zu prägen und zwar einen Franc pro Kopf der Bevölkerung. Frankreich hat im Hinblick auf seine Nationalbedürfnisse nach Recht erhalten, seine Selbstverpflichtungen um 180 Millionen Francs zu vermindern. Der Vorschlag zur Vereinbarung ist von der Schweiz ausgegangen.

Großbritannien.

Der liberalunionistische Deputirte Courtney kündigte im Laufe einer Rede an seine Wähler an, die erste Regierungsvorlage in der nächsten Sitzung des Parlaments würde die örtliche Selbstverwaltung für Irland betreffen; Irland würde fast dieselbe freie Selbstverwaltung erhalten, die England besitzt.

Italien.

Der „Corriere della Sera“ veröffentlicht eine interessante Unterredung mit dem Hauptmann Graebenitz, der schon achtzehn Monate dem ausschließlichen Studium der italienischen Armee gewidmet hat. Hauptmann Graebenitz bezeugt die inwärtlichen deutschen Wählern gegenüber die Ueberlegenheit des italienischen Heeres, die inwärtlich und ist voll nachvollziehbar über die Fortschritte der Armee unter dem Kriegsminister General Pelloni, der dem bisherigen Chos ein Ende gemacht habe. Im Falle eines Handritches auf die italienische Küste würde die italienische Flotte binnen achtundvierzig Stunden verlammt und im Stande, den Feinde den Rückzug abzuwehren. Gleichzeitig würde die Landarmee jede Landung verhindern.

Spanien.

Der Ministerrath beschloß, das bereits unterzeichnete Dekret über die Auflösung der Cortes erst im Dezember zu veröffentlichen und die Neuwahlen im März vorzunehmen. Die Gebirgskriegsunterstützung des Krieges auf Kuba und den Philippinen werden durch ein Dekret der Königin provisorisch bewilligt.

Aus dem Orient.

Die Grenzberichtigungskommission hat am Dienstag ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Der Dienstag und Mittwoch hat keine Sitzung der Friedensunterhändler stattgefunden, da die griechischen Delegirten ohne Instruktionen waren. Die nächste Sitzung findet wahrscheinlich heute statt.

Ein ganzes Bündel von Dementis wird aus Konstantinopel in die Welt geschickt: In amtlichen türkischen Kreisen werden die Verbindungen einzelner Wähler über angebliche Instruktionen im Blickpunkt der Wähler, die sich erst in dem begehrt, daß dort vollständige Ruhe herrsche.

Uebeno wird die Nachricht londoner Wähler, daß die Mohammedaner auf Krete von Konstantinopel Waffen und Munition erhalten hätten, von denselben Kreisen als unwichtig beachtet.

Es wird auch der Meldung des „Standard“, der Sultan hätte die Einberufung von 50 Bataillonen Reservisten in Kleinasien, die Entsendung von 20 Bataillonen der aktiven Armee nach Thessalien und die Mobilisirung von 40 Bataillonen der 4. Armeebrigade angeordnet worden, in Erfahrung vier Brigade-Regimenten mit den gleichfalls zu mobilisierenden Bataillonen-Regimenten zu bilden, ausschließlich ein entschiedenes Dementi entgegen.

Wie dem „Standard“ aus Athen gemeldet wird, wird die griechische Kammer nicht vor dem 15. Dezember zusammentreten. Es soll auf diese Weise Zeit gewonnen werden, um den Rathschensentwurf für die Kriegsentwöhnung vorzubereiten.

Der Ernennung des Obersten Schäfer zum Gouverneur von Krete haben, wie in pariser diplomatischen Kreisen verbreitet wird, bereits alle Mächte ihre Zustimmung ertheilt. Die Krete hat protestirt, daß nicht diesem Beschlusse hohe Bedeutung beigemessen, weil die Krete bisher gegen jeden von den Großmächten vorgeschlagenen Kandidaten für den freisichlichen Gouverneurposten Einwendungen gemacht hat. Wie bei dieser Gelegenheit bemerkt ist, ist die Kandidatur Schäfer's dochberbreitet worden, daß dieser im Frühjahr bei Konstantinopel ein und ihm unter Zuhilfenahme seiner Kandidatur im Orient seine Dienste für Krete anbot. Einmalig gewannen von Schäfer einen guten Eindruck, und so empfahl er ihn den Mächten als geeigneten Kandidaten für den freisichlichen Gouverneurposten.

Rumänien.

Aus Jassy wird gemeldet: Dienstag vormittag wohnten König Carol und Königin Elisabeth der Einweihung der neuen Universität bei. Nach der städtischen Feier und den Festreden des Reduz und eines Studierenden hielt der König eine Ansprache, in welcher er unter anderem hervorhob, daß nach der Zahl der Schulen und nach der Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens sollte diese Stadt heute die Macht der Staaten, ein Faktor erster Ordnung, vielmehr der bedeutendste Faktor sei der Wohlthätigkeit Kultur einer Nation. Eine gesunde nationale Richtung in der höheren Unterweisung sei daher die unentbehrliche Bedingung des vollen Fortschrittes der Nation. Die Rumänen sollten ihre Kräfte auf Erhaltung des ununterbrochenen Ganges der nationalen Entwicklung und bedürfte Elemente weiser Abwägung, welche in der politischen und sozialen Stellung moderner Staaten vor-

herrchen müßten; das Land erwarnte sie von dieser Unvergleichlichkeit. Das Königsparter erste vom Himmel alle Segnungen für die theure zweite Hauptstadt. — Bei dem Empfang der Universitätsprofessoren hielt die Königin eine Ansprache, in der sie das Wohl der Nation als ihre erste und höchste Pflicht erklärte. Sie betonte, das rumänische Volk habe sie in der Herz des Volkes eindruckend lassen, als würde es aus ihm geboren, und sie sei in der That aus ihm zum zweiten Male geboren. Die Königin forderte schließlich die Jugend an, das von den Vätern begonnene Werk in deren Sinne fortzuführen und auch das Volksheil hochzuhalten.

Nordamerika.

Ueber die Persönlichkeit des neuernannten Mayors von Groß-Newhork wird Folgendes gemeldet: Stadtrichter Robert Van Wyck, der Kandidat der regulären demokratischen Partei, hat seit Jahren der organisierten Demokratie angehört und wurde zum ersten mal für sein jetziges Amt im Jahre 1889 ernannt. Er steht im kräftigsten Mannesalter, ist Junggeheuer und stammt aus einer geachteten Familie, die schon seit zwei Jahrhunderten in Amerika lebt, und aus der mehrere Mitglieder schon höhere Stellen im öffentlichen Leben bekleidet haben. Daß er ein Mann ist, der kein Leben nicht ohne seine ernsten, sondern auch seine besten Seiten abzugeben weiß, und auf den gelegentlich auch wohl das abgutmüthige Wort's paßt: „Wer nicht liebt Wein, Weib und Gesang, der bleibt ein Narr sein Leben lang.“ das wird ihm in den Augen der vernünftigen Wähler schwerlich zum Vorwurf gemacht werden. — Die „N. Y. Handelsztg.“ schreibt dagegen die Auffstellung der Kandidatur Van Wyck's:

„Der Zammann-Kandidat Van Wyck ist eine mittlere Größe, ohne jede Spur jener Eigenschaften, die für Mayor einer Viermillionstadt besitzen muß. Er würde, selbst wenn er ein Mensch und Bürger den Herren Van und Tracy ebenbürtig wäre, unter allen Umständen eine Gruppe in der Haut seines Schatzes, Erwerbs, des Zammann'schen Familienvermögens, man könnte ohne weiteres Großer in eigener Person zum Mayor von New York ernannt, anstatt einen schwachen Mann vorzuschlagen, der im Falle seiner Erwählung in den ersten Reihen des Zammann liegen wird.“

Schon die Vertheilung der städtischen Aemter, die der Mayor zu vergeben hat und die zusammen 250,000 Doll. jährlich eintragen, wird wegen, wie die Vertheilungen mit den Handlungen des neuen Stadtoberhauptes übereinstimmen.

Universitäts- und Hochschulanachrichten.

Göttingen, 3. Nov. Gestern abend ist nach längerem Leiden der Geheimrath Professor Schering, Director der hiesigen Sternwarte, Abtheilung für theoretische Astronomie, gestorben. Der Verstorbenen, 1838 in Landshut bei Pleßten am der Elbe geboren, habilitirte sich 1859 in Göttingen, wo er 1860 zum außerordentlichen und 1868 zum ordentlichen Professor ernannt wurde.

Gießen, 3. Nov. Die juristische Fakultät hat den ehemaligen hiesigen Ministerpräsidenten, späteren Präsidenten des Reichsanzeigers und preussischen Staatsminister Karl v. Soltmann am Anlaß seines am 4. d. M. fünfundsiebenzig. Geburtstages zum Doctor juris honoris causa promovirt.

Wissenschaft. Kunst. Literatur.

Hugo Thimig ist zum Registrar des Wiener Hof-Operntheaters ernannt worden. Das Burgtheater zählt jetzt neben dem Generalregisseur Edmund Ritter, Generalregisseur und der Herren Geunisch, Hartmann, Baumgartner, Kralitz, Robert und Thimig. Thimig gehört dem Burgtheater seit dem Jahre 1874 an.

Nachdem die Denkmäler für Werner Siemens und Alfred Krupp, die vom Verein deutscher Ingenieure, dem Verein deutscher Eisenhüttenleute und der Norddeutschen Gruppe des Vereins deutscher Stahl- und Eisenhüttenwerke, gebildet, inwärtlich der technischen Hochschule in Charlottenburg aufgestellt werden sollen, eine größere Anzahl von Entwürfen eingereicht worden war, hat der Denkmals-Ausschuß beschlossen, mit Professor Dertter = Berlin in weitere Verhandlung zu treten.

In einem Kohlenbergwerk bei A. m. wurden vor einiger Zeit von dem deutschen Mineralogen G. m. an die Knochen eines fossilen Megaloceros, 1838 in Landshut bei Pleßten am der Elbe geboren, habilitirte sich 1859 in Göttingen, wo er 1860 zum außerordentlichen und 1868 zum ordentlichen Professor ernannt wurde.

In Holland hat sich ein Verein gebildet, der die Spinoza-Ausgabe der für das Ziel gesetzt hat, ein Verzeichnis der Sammlungen zu bringen. Es ist bereits das Haus in Amstern, wo nach der Tradition Spinoza gewohnt haben soll, angekauft worden, und man hat jetzt vor, in Holland die inwärtlichen Beiträge zu sammeln, um das Museum würdig ausstatten zu können. Das Museum soll das geistige Inventar des Weltwunders der bereinigten Amstern ist von Amsterdam in etwa vier Stunden zu erreichen.

Gerechtigkeitsverfahren.

Berlin, 3. Nov. (Debatte) Der hiesige Jelle erschien heute vor dem Schöffengericht als Angeklagter wegen öffentlicher Beleidigung. Vor einiger Zeit sandten die Hilfsarbeiter des Berliner Magistrats an den Landtag eine Petition, in der sie um eine vollständige Gleichstellung mit den leitenden Magistratsbeamten baten. In dieser Petition war auch die Bemerkung enthalten, der Berliner Magistrat sollte den abgutmüthigen sehr schlecht gehaltenen Hilfsarbeitern nicht einmal in Kraftverhältnissen die Plätze. Die Petition gab dem Oberbürgermeister Jelle Veranlassung, in der Stadtrathssitzung die Petition zur Sprache zu bringen und ganz besonders die Behauptung, daß die Hilfsarbeiter in Kraftverhältnissen keine Plätze erhalten, als unabweisbar zu bezeichnen. Kurze Zeit nachher erließen bei dem Oberbürgermeister der Vorstand des Berliner Beamtenvereins mit dem Grund, der Oberbürgermeister sollte einige Ausstellungen, die er in der Stadtrathssitzung verhandelt, annehmen. Der Oberbürgermeister erklärte, daß er dazu sich nicht veranlaßt fühlte, und betonte nochmals ausdrücklich, die Behauptung, die Hilfsarbeiter des Berliner Magistrats erhielten keine Plätze, sei unabweisbar. Der Vorstand des Berliner Beamtenvereins erklärte, daß er sich beabsichtige, indem er, unter Zuhilfenahme des eildigen Zeugnisses der Vorstandsmitglieder des Berliner Beamtenvereins, behauptete, der Oberbürgermeister habe die Hilfsarbeiter der Petition „Eingereicht“ war, die Petition des Berliner Beamtenvereins mit dem Grund, der Oberbürgermeister sollte einige Ausstellungen, die er in der Stadtrathssitzung verhandelt, annehmen. Die Petition des Berliner Beamtenvereins wurde durch den Vorstand des Berliner Beamtenvereins mit dem Grund, der Oberbürgermeister sollte einige Ausstellungen, die er in der Stadtrathssitzung verhandelt, annehmen. Die Petition des Berliner Beamtenvereins wurde durch den Vorstand des Berliner Beamtenvereins mit dem Grund, der Oberbürgermeister sollte einige Ausstellungen, die er in der Stadtrathssitzung verhandelt, annehmen.

